

V-51 Unsere Heimat – sozial, gerecht, grün

Gremium: KV Warendorf KMV
Beschlussdatum: 01.10.2024
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Unser Land durch die Krisen wie den russischen Angriffskrieg, den
2 demographischen Wandel, die Klimakatastrophe und den Artenkollaps, zu führen,
3 erfordert enorme zivilgesellschaftliche, politische und volkswirtschaftliche
4 Kraft. Das zeigt sich in der Stagnation der Wirtschaft, in anwachsender sozialer
5 Ungerechtigkeit, in der Zunahme von Zukunftsangst und in der Bedrohung durch den
6 Faschismus.

7 Die Herausforderungen sind vielfältig wie nie, was die Situation der
8 öffentlichen Haushalte verschärft. Ob im Bund, in den Ländern oder in den
9 Kommunen: Die Kassen sind angespannt, gleichzeitig ist der Investitionsbedarf
10 hoch wie nie.

11 Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene arbeiten wir Grüne konstruktiv und
12 verantwortungsvoll daran, unsere Heimat durch diese Krise zu führen. Beim Lösen
13 von Investitionsbremsen, durch Beschleunigung von Planungs- und
14 Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten achten wir auf die
15 ausreichende Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzbelangen und
16 Arbeitnehmer*inneninteressen sowie darauf, dass die Beteiligung von Bürger:innen
17 nicht gravierend eingeschränkt wird, um Transparenz und Akzeptanz zu
18 gewährleisten. Beim beschleunigten Aufbau einer klimaneutralen, günstigen und
19 widerstandsfähigen Energieversorgung sehen wir bereits Erfolge, da gerade im
20 Strombereich die Energiewende greift und Stromkosten sowie
21 Treibhausgasemissionen stetig sinken.

22 Was bisher erreicht wurde, ist nichts mehr als ein Anfang. Nun kommt es auf uns
23 Grüne an, jetzt die angehäuften Probleme der Vergangenheit zu lösen und die
24 Problemlösung nicht weiter den nachfolgenden Generationen aufzubürden. Dazu sind
25 insbesondere die Bundesregierung und die demokratischen Fraktionen im Bundestag
26 gefordert, ihren Anteil zu leisten.

27 Der Investitionsbedarf der Republik in die klimaneutrale Transformation wird auf
28 rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen Zusatzinvestitionen von etwa
29 191 Milliarden Euro entspricht. Die USA zeigen, mit dem Inflation Reduction Act,
30 dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist, von dem die Breite der
31 Gesellschaft profitiert. Wir sollten diese Chance weder liegen lassen noch den
32 Anschluss daran verpassen. Dies bedeutet aber auch, unseren Sozialstaat nicht zu
33 schröpfen, sondern zu stärken. Die Sicherung der sozialen Infrastruktur ist
34 entscheidend, um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten und nachhaltige
35 Stabilität zu sichern. Wir müssen investieren; staatlich und privat. Allein mit
36 Einsparungen in den laufenden Haushalten sind diese Summen nicht zu realisieren.

37 Gerade vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren kaum gestiegenen Reallöhne
38 der breiten Mehrheit mit unteren und mittleren Einkommen ist uns klar: Ohne eine
39 starke soziale Flankierung werden wir keine Akzeptanz für die notwendigen

40 Maßnahmen einer entschlossenen Krisenbewältigung erreichen. Im Gegenteil, eine
41 radikale Sparpolitik schädigt das Vertrauen in die Demokratie und befördert den
42 Faschismus. Mit Investitionen in die Daseinsvorsorge halten Demokrat*innen
43 dagegen. Für uns ist daher klar: Ein sozialpolitischer Kahlschlag kann nicht die
44 Antwort auf die aktuellen Krisen sein.

45 Dazu kommt, dass die Krisenbewältigung eine ganze Reihe neuer
46 Ausgabennotwendigkeiten mit sich bringt. Deutschland muss sich darauf einstellen,
47 seine Sicherheitsausgaben weiter zu steigern, um der wachsenden Bedrohung
48 unserer Sicherheits- und Friedensordnung wirksam entgegenzutreten zu können. Diese
49 Realität haben wir uns weder gewünscht noch ausgesucht.

50 Unter dieser neuen Realität bremst die Einhaltung der aktuell im Grundgesetz
51 verankerte Schuldenbremse unser Land und seine Zukunftsfähigkeit. Notwendige
52 Investitionen in Infrastruktur, Transformationsprojekte und gesellschaftlichen
53 Zusammenhalt können nicht mehr im notwendigen Umfang finanziert werden. So ist
54 absehbar, dass unsere aktuellen Ausgaben noch nicht ausreichen werden, um unsere
55 internationalen Vereinbarungen beispielsweise im Rahmen des Pariser
56 Klimaabkommens, des Montreal-Abkommens für Biodiversität zu erreichen. Das
57 werden die Menschen in unserem Land spüren. So wie wir heute die versäumten
58 Investitionen der vergangenen 20 Jahre bemerken, werden wir in 20 Jahren mit den
59 versäumten Investitionen von heute umgehen müssen. Der Unterschied ist, dass die
60 notwendigen Investitionen, die heute getätigt werden müssen, nicht nur die
61 öffentliche Infrastruktur betreffen, sondern gleichzeitig in den Unternehmen
62 erfolgen müssen, um soziale Sicherheit und nachhaltige Lebensqualität erhalten
63 zu können.

64 Unser Staat hat grundsätzlich die Fähigkeit, finanzielle Sicherheit zu
65 gewährleisten, die weit über das hinausgeht, was privatwirtschaftliche
66 Unternehmen oder der freie Markt leisten können. Es ist daher unerlässlich, dass
67 er seine Handlungsfähigkeit aktiv unter Beweis stellt. Diese Handlungsfähigkeit
68 muss gesichert sein. Nur so kann der Staat seiner Rolle gerecht werden und die
69 notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, um eine nachhaltige und
70 zukunftsorientierte Infrastruktur zu fördern.

71 Wir Grünen setzen daher auf einen Infrastrukturstaat, der die allgemeinen
72 Lebensgrundlagen für alle Menschen sicherstellt.

73 Es wäre ein großer Fehler, diese Mehrausgaben dadurch zu finanzieren, die Axt an
74 die soziale Infrastruktur anzulegen, wie es jetzt einige fordern. Äußere
75 Sicherheit auf Kosten innerer oder sozialer Sicherheit zu erreichen, verbreitert
76 gesellschaftliche Gräben und wäre damit auch ein Konjunkturprogramm für
77 Demokratiefeinde. Genauso falsch wäre es, Deutschlands internationales
78 Engagement im humanitären, entwicklungs-, umwelt- oder klimapolitischen Bereich
79 abzuwickeln. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die immer deutlicher
80 zutage tretenden Auswirkungen von Klimakatastrophe und Artenkollaps - die Welt
81 ist heute eine andere als noch vor 20 Jahren. Dieser veränderten Welt kann man
82 nicht mit einer überholten Haushalts- und Finanzpolitik begegnen. Und doch
83 wollen einige weiterhin „Normalität“ simulieren, statt die neuen Realitäten auch
84 fiskalisch abzubilden. Die Schuldenbremse im Grundgesetz und in einigen
85 Landesverfassungen sind weder Naturgesetz noch göttliche Fügung. Sie waren vor
86 15 Jahren das Ergebnis einer Mehrheitsbildung als Folge der Finanzkrise. Sie
87 können angepasst werden – mit neuen Mehrheiten für neue Zeiten.

88 Die Notwendigkeit für eine fiskalpolitische Zeitenwende erkennen nicht nur wir.
89 In den vergangenen Monaten und im Lichte der wirtschaftlichen Lage fordern immer
90 mehr Expert*innen eine grundlegende Reform der Schulenbremse. Konservative und
91 arbeitgebernahe Ökonom*innen, viele Unternehmen und ihre Verbände,
92 Gewerkschaften, der Sachverständigenrat (die „Wirtschaftsweisen“) und nicht
93 zuletzt Ministerpräsidenten der CDU - sie alle sprechen sich dafür aus, Kredite
94 über die bislang starren Grenzen hinaus zu ermöglichen. Renommierete
95 Volkswirtschaftler*innen schlagen eine Vermögenssteuer vor und sogar der Bund
96 der Steuerzahler spricht sich für einen höheren Spitzensteuersatz für
97 Einkommensmillionär*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere
98 Forderung nach Umsetzung des Ampel-Koalitionsvertrages mit der Einführung eines
99 Klimageldes in dieser Legislaturperiode.

100 Eine Anpassung der Schuldenbremse allein wird jedoch nicht ausreichen, um den
101 enormen Finanzierungsbedarf zu decken. Finanzkriminalität - insbesondere von
102 Banken - muss konsequenter ermittelt, vor Gericht gebracht und aufgearbeitet
103 werden. Durch Steuerhinterziehung verliert Deutschland schätzungsweise 100
104 Milliarden Euro pro Jahr. Viele dieser Fälle werden jedoch nicht aufgeklärt und
105 der Schaden nicht zurückgezahlt. Deshalb wollen wir die Strafverfolgung in
106 diesem Bereich deutlich ausbauen und die Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften
107 stärken. Klima- und umweltschädliches Verhalten sollte der Staat nicht fördern.
108 Daher setzen wir uns für den Abbau klimaschädlicher Subventionen ein. Auch
109 Umweltlenkungsabgaben wären dazu geeignet, die Transformation zu gestalten und
110 die Gesellschaft daran gerecht zu beteiligen.

111 Darüber hinaus wollen wir die Erbschaftssteuer reformieren und Schlupflöcher für
112 Superreiche schließen. Außerdem wollen wir die Einführung einer
113 verfassungskonformen Vermögensteuer in den nächsten zwei Jahren umsetzen. Wir
114 wollen den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer durch zwei zusätzliche Stufen
115 erhöhen und gleichzeitig erhöhen wir den Grundfreibetrag, der um kleine und
116 mittlere Einkommen zu entlasten.

117 Wir wollen den Menschen und den Unternehmen ihre Zuversicht wiedergeben. Deshalb
118 wollen wir öffentliche und private Investitionen fördern und den öffentlichen
119 Haushalten, insbesondere den Kommunen, wieder mehr Möglichkeiten geben, die
120 notwendige klimaneutrale und digitale Modernisierung aktiv zu unterstützen.

121 Als Grüne haben wir dazu in den letzten Jahren auf allen Ebenen konstruktive
122 Vorschläge gemacht, an unsere Koalitionspartner*innen und demokratischen
123 Mitbewerber*innen appelliert, sich der Wirklichkeit zu stellen und zum Wohle
124 unseres Landes gemeinsam einen Weg aus der verhärteten Debatte zu finden. Dieses
125 Angebot ist bisher nicht ausreichend angenommen worden, um unsere Heimat aus den
126 aktuellen Krisen hinauszuführen. Trotzdem stehen wir Grünen weiterhin zu unserem
127 Angebot, ein neues Kapitel aufzuschlagen, um die Probleme unsere Zeit nicht auf
128 den Rücken vulnerabler Gruppen zu lösen, sondern eine nachhaltige, solidarische
129 und gerechte Lösung für alle in diesem Land zu finden.

130 So hat die Grüne Bundestagsfraktion den „Deutschland-Investitionsfonds für Bund,
131 Länder und Kommunen“ als Vorschlag entwickelt. Mit diesem Fonds sollen
132 umfangreiche öffentliche Investitionen zweckgebunden in die Modernisierung und
133 Dekarbonisierung der Wirtschaft sowie in Zukunftstechnologien ermöglicht und
134 private Investitionen mit öffentlichen Geldern unterstützt werden. Der Fonds
135 soll wichtige Infrastrukturprojekte wie den Ausbau und die Elektrifizierung des

136 Schienennetzes, die Verbesserung der Radinfrastruktur und den Aufbau der
137 Wasserstoffinfrastruktur fördern. Zudem stellt er Mittel für Kommunen bereit, um
138 dringend notwendige Investitionen in Schulbauten, Krankenhäuser, den
139 öffentlichen Nahverkehr, bezahlbaren Wohnraum und Freizeiteinrichtungen zu
140 ermöglichen.

141 Mit dem Deutschland-Investitionsfonds soll auch Ländern und Kommunen die
142 Möglichkeit eröffnet werden, ihre Zukunftsinvestitionen verstärkt über Kredite
143 zu finanzieren. Dazu könnte im Grundgesetz nicht nur der Verschuldungsspielraum
144 für den Bund, sondern auch für die Länder angepasst werden, die nach derzeitiger
145 Rechtslage keinerlei Schulden machen dürfen.

146 Den Vorschlägen gemein ist, dass sie eine klare nachhaltige, gerechte, soziale
147 und wirtschaftliche Zukunftsorientierung haben und damit ein Angebot an die
148 Breite der demokratischen politischen Landschaft formulieren, indem sie

- 149 • notwendige Investitionen erleichtern - öffentliche und private,
- 150 • den staatlichen Haushalten, gerade auch den kommunalen,
151 Handlungsspielräume öffnen
- 152 • transparent machen, was offensichtlich ist und Schluss machen mit dem
153 Streit um vermeintliche oder reale Buchungstricks,
- 154 • notwendige Ausgaben für Wirtschaft und deren Infrastruktur nicht
155 ausspielen gegen jene in die soziale Infrastruktur und damit den sozialen
156 Frieden im Land wahren,
- 157 • soziale Gerechtigkeit als wesentliche Aufgabe bei der Bewältigung der
158 Transformationsherausforderungen in den Blick nehmen und
- 159 • Deutschland international anschlussfähig aufstellen und den
160 Wirtschaftsstandort im harten Wettbewerb um die Zukunftstechnologien und -
161 Industrien stärken.